

FORSCHUNGEN ZUR DDR-GESELLSCHAFT
Marc-Dietrich Ohse
Jugend nach dem Mauerbau

Marc-Dietrich Ohse

Jugend nach dem Mauerbau

Anpassung, Protest und Eigensinn
(DDR 1961–1974)

Ch. Links Verlag, Berlin

Ch.Links

Der Druck der vorliegenden Studie, die unter dem Titel »Jugend nach dem Mauerbau: Politische Normierung und Jugendprotest in der DDR, 1961–1974« von der Philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Dissertation angenommen wurde, erfolgt mit freundlicher Unterstützung durch Mittel der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Editorische Notiz:

Die Studie folgt den Regeln der neuen Rechtschreibung, in den Zitaten jedoch grundsätzlich der Schreibweise der Quelle.

Die **Deutsche Bibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage, März 2003

© Christoph Links Verlag – LinksDruck GmbH

Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0

www.linksverlag.de; mail@linksverlag.de

Umschlaggestaltung: KahaneDesign, Berlin, unter Verwendung eines Fotos von den Weltfestspielen 1973 in Berlin (dpa)

Lektorat: Ingrid Kirschey-Feix, Berlin

Satz: Eleonora & Michael Haas, Berlin

Druck- und Bindearbeiten: WB-Druck, Rieden am Forgensee

ISBN 3-86153-295-6

Inhalt

Einleitung	7
1. Im Schatten der Mauer	25
»Säbelgerassel«: Mauerbau, Antennensturm und Wehrpflicht	25
»Man war drin«: Freie Deutsche Jugend und Jugendweihe	42
»Eine eigene, labile Welt«: Jugend in der Freizeit	54
»Weder Gängeln noch Selbstlauf«: Das Jugendkommuniqué von 1963	64
2. Kahlschlag	83
»Das war sehr deprimierend«: Das Ende der neuen Offenheit	83
»Wir dulden keine Gammler«: Auf dem Weg zum 11. ZK-Plenum	97
»Neue Wesenszüge der Menschenbildung«: Die Bildungsreform	109
»Da werden wir was losmachen«: Reglementierung, Observation und Provokation	121
3. Kalter Frühling	139
»Keinen Krach machen«: Die Verinselung der Jugendkultur	139
»Kein hervorstechender Westdrall mehr«: Der Wandel jugendlichen Konsumverhaltens	150
»Züge von Lebensfremdheit und Abstraktheit«: Der Beginn der 3. Hochschulreform	160
»Verfassungsrummel«: Die Novellierung der DDR-Verfassung 1968	171
»Strampelversuche in Demokratie«: Der Prager Frühling	185
»Keinen Dubček, keinen Ulbricht«: Reaktionen auf die Niederschlagung des Prager Frühlings	194
»Ein kulturelles Verbrechen«: Die Sprengung der Leipziger Universitätskirche	211
Hat »1968« in der DDR nicht stattgefunden?	218

4. Im Spannungsfeld der Weltanschauungen – zwischen Staat und Kirche	221
»Eine Ghetto-Existenz«: Kirchliche Jugend in der Minderheit	221
»Des Druckes müde«: Der Kampf um die Jugendweihe	232
»Politisch unzuverlässige Elemente«: Christliche Kinder auf dem Bildungsweg	235
»Ein eigenes Friedenszeugnis«: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft	244
»Kritisches Bewusstsein wachhalten«: Die Studentengemeinden	253
»Unsere Mitarbeit ist nicht erwünscht«: Modernisierung der kirchlichen Jugendarbeit	264
»Im Ganzen keine Übereinstimmung«: Harmonien und Disharmonien von Staat und Kirche	274
5. Von Ulbricht zu Honecker	281
»Walter schützt vor Torheit nicht«: Der Machtwechsel und seine Folgen	281
»Halbwahrheiten und allgemeine Bemerkungen«: Das Bildungswesen unter Honecker	287
»Dialektik des gegenwärtigen Klassenkampfes«: Außenpolitische Öffnung	295
»Keine Tabus«: Gesellschaftlicher Wandel	303
»Stolze junge Bürger«: Jugend im Spiegel der Sozialforschung	322
»Eine Schaufensterveranstaltung«: Die DDR im Glanze der Weltfestspiele	339
»Das ist die Zukunft der Jugend«: Das Jugendgesetz von 1974	356
Zusammenfassung	365
Anhang	381
Danksagung	381
Abkürzungsverzeichnis	383
Quellenverzeichnis	385
Literaturverzeichnis	391
Personenregister	404
Angaben zum Autor	407

Einleitung

»Wir besitzen die besten Voraussetzungen, um auch den letzten Jugendlichen zu einem aufrechten und strebsamen jungen Bürger der sozialistischen Menschengemeinschaft zu erziehen.«¹

Mit diesen Worten, die sowohl als Angebot als auch als Drohung verstanden werden konnten, begründete der Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Willi Stoph, den Entwurf des neuen Jugendgesetzes von 1963. Stoph fasste hier zugleich die ostdeutsche Gesellschaftspolitik der sechziger Jahre zusammen.

Ihre Voraussetzung war die Abriegelung der Deutschen Demokratischen Republik. In der geschlossenen Gesellschaft im Schatten der Mauer sollte entsprechend der Ulbrichtschen Doktrin der »sozialistischen Menschengemeinschaft« ein neuer Mensch geformt werden. Damit wurde die politisch-ideologische Erziehung zu einem grundlegenden Element der ostdeutschen Politik. Berührt wurde vom erzieherischen Anspruch einer »sozialistischen Persönlichkeit« vor allem die Jugend.

Die geschlossene Gesellschaft, die gewissermaßen als »Versuchsanordnung« eine wesentliche Voraussetzung für die ungestörte Umsetzung des Konzepts der sozialistischen Menschengemeinschaft und ihres sozialistischen Persönlichkeitsideals war, blieb auf die letzten Jahre der Ära Ulbricht beschränkt. Im Umfeld des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker 1971 änderte sich die internationale Mächtekonstellation. Die außenpolitische Entspannung beeinflusste die innenpolitische Lage der DDR in erheblichem Maße, und insofern markierte der Machtwechsel den Anfang vom Ende der geschlossenen ostdeutschen Gesellschaft.

Die (Ab-)Geschlossenheit der DDR wird im internationalen Vergleich deutlich. Während die Gesellschaften sowohl in Ost- als auch in Westeuropa zur gleichen Zeit erheblich in Bewegung gerieten, schien sich die DDR innerlich zu stabilisieren und zu beruhigen. Erblühte im Osten kurzfristig der »Prager Frühling«, so wurde der Westen u. a. von Studentenunruhen erschüttert. Diese Ereignisse prägten – zumindest im Westen – eine ganze Generation, die fortan als »68er« bezeichnet wurde. In der DDR hingegen wurde die entsprechende Altersgruppe nicht als Generation geprägt. Dies lässt vermuten, dass die Ge-

1 Willi Stoph, Rede, 1963, zit. o. Verf., Dossier, o. D. [1963], BAEF, ROO, A VIII 4/3, S. 2.

sellschaftspolitik der SED vergleichbare Prozesse abgebremst, aufgefangen oder umgeleitet hat. Damit stellt sich die Frage, ob die ostdeutsche Gesellschaftspolitik der sechziger Jahre letztlich doch erfolgreich war, ob die SED als herrschende Partei der DDR mit ihren Gestaltungsansprüchen also die Jugend in höherem Maße erreicht und ihre Zukunft stärker geformt hat, als bislang angenommen worden ist.

Die Entwicklung der DDR in den sechziger Jahren lässt sich einerseits durch einige Daten markieren, die für Systemkrisen und deren Bewältigung stehen. Neben Mauerbau und Machtwechsel sind dies der kulturpolitische Kahlschlag, den das 11. Plenum des SED-Zentralkomitees im Dezember 1965 beschloss,² und die Niederwerfung des Prager Frühlings, die auch die DDR beunruhigte. Andererseits sind während dieses Jahrzehnts verschiedene Reformprojekte zu erkennen, die zum Teil einen gesellschaftlichen Wandel forcierten, zum Teil durch diesen bedingt wurden. Diese Projekte ergaben in der Summe Ulbrichts Gesellschaftsentwurf einer »sozialistischen Menschengemeinschaft«. Sie berührten die Wirtschaft in Gestalt des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS oder NÖSPL), das 1963 eingeführt wurde.³ Mit dem »Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem« von 1965 und der 3. Hochschulreform, die 1967 eingeleitet wurde, wurde auch die Bildung davon erfasst.⁴ Und schließlich demonstrierten das neue Strafgesetzbuch von 1967 und die Verfassungsnovelle von 1968 den Reformwillen in Recht und Justiz.⁵ Begleitet wurden diese Reformprojekte durch gesellschaftliche Wandlungsprozesse im Gefolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung, die alle Industriegesellschaften dieser Zeit erfasste.⁶ Beschleunigt durch die technischen Innovationen sowie die damit einhergehende fachliche Spezialisierung und Differenzierung dieser Zeit, schlug sich dieser Wandel nieder in zunehmender Individualisierung, in verändertem Konsumverhalten und in wachsender Bedeutung der Freizeit.⁷

Soziale und politische Umbrüche waren ineinander verschränkt und bedingten sich wechselseitig. Im Westen provozierten diese Entwicklungen tief-

2 Der Begriff »Kahlschlag«, eingeführt von Agde, Günter (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Berlin 1991, hat sich seither als Kürzel für das 11. Plenum etabliert (vgl. 2. Aufl., Berlin 2000, S.9).

3 Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR. Frankfurt a. M. 1992, S.184–209.

4 Vgl. Geißler, Gert: Die Volksbildung in der DDR in Dokumenten, in: Ders. u. a. (Hg.): Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung der DDR in Dokumenten. Berlin 1996, S.35–37.

5 Vgl. Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995, S.285 f.

6 Vgl. Engler, Wolfgang: Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen. Frankfurt a.M. 1995, S.41–44; Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970. Göttingen 1988, S.330–371.

7 Vgl. Kaminsky, Annette: »Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben«. Konsumpolitik in der DDR, in: APuZ, B 28/99, S.14f.; Merkel, Ina: Arbeiter und Konsum im real existierenden Sozialismus, in: Hübner, Peter; Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter in der SBZ-DDR. Essen 1999, S.544f.

greifende Krisen, die in den Studentenunruhen des Jahres 1968 kulminierten und schließlich eine ganze Generation charakterisieren sollten.⁸

In der DDR schien der entsprechende Wandel eher unerschwerlich abzulaufen. Obwohl mit den genannten Daten eine ganze Reihe von Ereignissen vorgegeben war, verdichteten sich die Erfahrungen der gleichen generationellen Lagerung wie die westdeutschen »68er« nicht zu einer »Generationseinheit« (Karl Mannheim).⁹ Anders als in der BRD wurden in der DDR vor dem Hintergrund einer vergleichbaren Erlebnisschichtung keine entsprechenden Traditionen, Handlungsmuster und Wertesysteme ausgeprägt, die eine »konkrete Gruppenbildung« jenseits ökonomischer oder sozialer Kriterien erkennen ließen.

Ein konkreter generationeller Zusammenhang im Sinne einer Generationseinheit ist in der Geschichte der DDR erst zu einem späteren Zeitpunkt erkennbar. So wurde der Umbruch in der DDR 1989/90 von Bürgerrechtsgruppen programmatisch begleitet und vorangetrieben, deren Mitglieder jener Generationen entstammen, die um 1968 sozialisiert worden war. Die »89er« erschienen also gewissermaßen als »verspätete 68er«.¹⁰

Das Paradox einer fehlenden Generationseinheit, die den westdeutschen »68ern« entspräche, und der späten Wirksamkeit generationeller Prägungen in der DDR-Geschichte spitzt noch einmal die Fragen nach der politischen Sozialisation der sechziger und frühen siebziger Jahre zu. So verweist die asynchrone, zeitversetzte Relevanz generationeller Prägungen auf eine besondere politische Kultur – eine »politische Doppelkultur« (Christiane Lemke)¹¹:

8 Vgl. Bude, Heinz: Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1968. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1995, S. 20f.; Engler, Wolfgang: Konträr und parallel. 1968 im Osten, in: François, Etienne u. a. (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig 1997, S. 105–109; Simon, Annette: »Kluge Kinder sterben früh«, in: Die Zeit, Nr. 24/1997, S. 42; Schildt, Axel u. a. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000; Wierling, Dorothee: Opposition und Generation in Nachkriegsdeutschland. Achtundsechziger in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Kleßmann, Christoph u. a. (Hg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte. Berlin 1999, S. 238–252.

9 Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen, in: Ders.: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Berlin, Neuwied 1964, S. 535–538. Mannheim unterscheidet Generationslage (gleiche Geburtsjahrgänge), generationelle Schichtung (bestimmter Erfahrungszusammenhang) und Generationseinheit (konkrete Gruppenbildung). – Zum Folgenden vgl. ebd., S. 549, sowie den »Versuch einer Kollektivbiographie« (so der Untertitel) von Wierling, Dorothee: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Berlin 2002.

10 Vgl. Kühnel, Wolfgang: Scheinbar konfliktfrei aneinander vorbei. Eine Retrospektive auf die Generationsbeziehungen in der DDR, in: PROKLA 20 (1990), S. 30–33; Niethammer, Lutz: Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 106–108; Poppe, Ulrike: »Der Weg ist das Ziel«. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Dies. u. a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 244–272. Diese These wurde zuletzt zugespitzt von Wolle, Stefan: Die versäumte Revolution. Die DDR und das Jahr 1968, in: APuZ, B 22–23/2001, S. 46.

11 Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen 1991, S. 13; vgl. Hanke, Irma: Alltag und Politik. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft. Eine Untersuchung zur erzählenden Gegenwart-

Ideologischen, politischen Ansprüchen der Staats- und Parteiführung wurde in der institutionalisierten Öffentlichkeit der DDR, im Bildungswesen, in der Arbeitswelt und bei den verordneten politischen Ritualen genügt, während im privaten Bereich Werte gepflegt werden konnten, die nicht mit denen von Staat und Partei übereinstimmten. Zugleich konnten Elemente der sozialistischen Utopie, der Traditionen der DDR-Elite, des Erbes der kommunistischen Bewegung sowie Konventionen aus der Tradition der bürgerlichen Gesellschaft¹² in einer spezifischen Weise angeeignet und im öffentlichen Raum ausgelebt oder aber verworfen werden. Diese spezifische Art des Umgangs, der Aneignung oder Verwerfung ideologischer Formierungsansprüche konnte, aber musste nicht politisch intendiert sein und lässt sich am griffigsten als »Eigen-Sinn« (Alf Lüdtke)¹³ beschreiben.

In der Gesellschaftsgeschichte der DDR kommt der Jugend sowohl aus der historischen Perspektive als auch in Bezug auf die Gesellschaftskonzeption der SED eine zentrale Rolle zu. Als bevorzugter Adressat der Gestaltungsansprüche der Staats- und Parteiführung war sie ein Gradmesser für die erfolgreiche Umsetzung von deren »diktatorischer Gesellschaftskonstruktion«¹⁴ und musste deswegen die Herrschaftspraxis in der DDR wesentlich beeinflussen.

Dabei ist die politische Praxis nicht nur unter dem Aspekt des Legitimationsgewinns des SED-Regimes zu betrachten,¹⁵ sondern es sind auch die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und die Nutzung kreativer Potenziale der Jugend zu berücksichtigen. Aktivierung und Deaktivierung bis hin zur Unterdrückung dieser Ressourcen – gerade unter den Bedingungen einer geschlossenen Gesellschaft – geben wesentliche Hinweise auf eine Flexibilisierung der Politik in der DDR.

Zudem hing davon in erheblichem Maße die Akzeptanz des politischen Systems unter der Jugend ab. Dies schloss die Möglichkeit einer Identitätsstiftung ein, in deren Folge sich Jugendliche in besonderer Weise mit der DDR identifiziert haben könnten.¹⁶

literatur der DDR in den 70er Jahren. Opladen 1987, S. 285–314; Mühlberg, Dietrich: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte, S. 68 u. 79.

12 Vgl. Ernst, Anna Sabine: Vom »Du« zum »Sie«. Die Rezeption der bürgerlichen Anstandsregeln in der DDR der 1950er Jahre; in: MKF, Nr. 33/1993, S. 192–200; Mühlberg, Dietrich: »Leben in der DDR« – warum untersuchen und wie darstellen?, in: Badstübner, Evmarie (Hg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR. Berlin 2000, S. 648f.

13 Vgl. Lüdtke, Alf: Geschichte und Eigensinn, in: Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Hg. Berliner Geschichtswerkstatt. Münster 1994, S. 139–153, sowie zur »Dialektik von Anpassung und Verweigerung«: Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997, S. 24.

14 Jessen, Ralph: Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995), S. 100.

15 Lüdtke, Alf: Die DDR als Geschichte, in: APuZ, B 36/98, S. 13f.

16 Vgl. Lindner, Bernd: Sozialisation und politische Kultur junger Ostdeutscher vor und nach der Wende – ein generationsspezifisches Analysemodell, in: Schlegel, Uta; Förster, Peter

Je nach Ausprägung einer solchen DDR-Identität ließen sich Aufschlüsse darüber gewinnen, ob und in welchem Maße die Übertragung des Gesellschaftskonzepts auf das Modell einer »sozialistischen Persönlichkeit« gelungen ist. Dieser Transfer verlangte eine starke Normierung der gesellschaftlichen Spielräume sowie des individuellen Verhaltens. Insofern erlaubt die Betrachtung der Sozialisation Jugendlicher in der DDR Rückschlüsse auf die soziale und kulturelle Formierung durch die Politik. Sowohl die kommunistische Gesellschaftsutopie als auch das sozialistische Persönlichkeitsideal setzten eine hochgradige politische Homogenisierung der DDR-Bevölkerung und damit eine »Politisierung des Privaten« voraus.¹⁷ Zugleich sollten sie die funktionale Entdifferenzierung der DDR-Gesellschaft befördern, da politisch-ideologische Prämissen ökonomische Leistungsmerkmale als soziale Auswahlkriterien zunehmend verdrängten.¹⁸ Diese Homogenisierungs- und Entdifferenzierungstendenzen müssten unter den Bedingungen der geschlossenen Gesellschaft bereits unter der ostdeutschen Jugend nachzuweisen sein.

Das Gleiche gilt für die kulturelle Prägung. In der Kulturpolitik setzte die Ost-Berliner Führung zunehmend auf eine gewisse Autarkie, die zunächst vor allem im Ideal einer »sozialistischen Unterhaltungskunst« zu entdecken war¹⁹ und die schließlich im Umfeld des Machtwechsels im Konzept einer eigenen sozialistischen Nation gipfelte.²⁰ Deren erfolgreiche Vermittlung hätte wiederum die Identitätsbildung in der DDR wesentlich beeinflussen müssen.

Gemein ist all diesen Formierungsvorhaben nicht nur die Zielutopie, sondern auch der pädagogische Impetus. Beide legen – auch mit Blick auf die pädagogische Praxis – die Bezeichnung der DDR als »Erziehungsdiktatur« (Dorothee Wierling)²¹ nahe. Mit diesem Begriff lassen sich sowohl der umfassende Gestaltungsanspruch des SED-Regimes als auch das politische Instrumentarium dafür fassen. Dem Bildungswesen und dem sozialistischen Jugendverband, der Freien Deutschen Jugend, kamen dabei als Vermittlungsinstanzen die wichtigsten Rollen zu.²² Begleitete das Bildungswesen die Ostdeutschen

(Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen 1997, S. 25–34.

17 Lüdtke: Die DDR, S. 13.

18 Vgl. Meuschel: Legitimation, S. 184–209.

19 Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972. Berlin 1993, S. 9. Vgl. Ders.: Rock in der DDR. 1964 bis 1989. Bonn 2002, S. 5–8; Wicke, Peter: Zwischen Förderung und Reglementierung – Rockmusik im System der DDR-Kulturbürokratie, in: Ders.; Müller, Lothar (Hg.): Rockmusik und Politik. Analysen, Interviews, Dokumente. Berlin 1996, S. 13f.

20 Meuschel: Legitimation, S. 274–283.

21 Wierling, Dorothee: Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre, in: Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte, S. 404. – Michalzik, Martin: »An der Seite der Genossen ...«. Offizielles Jugendbild und politische Sozialisation im SED-Staat. Melle 1994, S. 35f., spricht von der »Erziehungsgesellschaft« DDR.

22 Zu den Ansätzen dieser Politik vgl. Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961. Köln u. a. 2000, S. 348–351, 410–418.

von Kindesbeinen an und prägte mit einem sukzessiv politisierten und militarisierten Alltag die »sozialistischen Persönlichkeiten«,²³ so wuchs der FDJ gerade in den sechziger Jahren zunehmend die Rolle zu, die Jugendlichen auch außerhalb der Bildungseinrichtungen zu einer sozialistischen Lebens- und Arbeitsweise anzuhalten. Somit geben ihre Aktivitäten wie auch die Gestaltung des Bildungswesens wichtige Hinweise auf die gesellschaftspolitische Praxis in der DDR, während die Akzeptanz der FDJ Schlüsse über den Erfolg dieser Politik zulässt. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, inwiefern der Primat der politisch-ideologischen Erziehung im Bildungswesen pädagogische und soziale Reformen durchkreuzte.²⁴ Die Akzeptanz des Jugendverbandes wiederum ist auf eine mögliche Formalisierung zu untersuchen, die belegen könnte, dass die FDJ zunehmend zur Karriereleiter »degenerierte«.²⁵

Damit rücken die Mobilisierung und hierbei die Nutzung kreativer Potenziale der Jugend für und durch die DDR-Politik in den Blick. Dazu musste u. a. an das Erbe der Arbeiterbewegung angeknüpft werden.²⁶ Nur so ließen sich an die Jugend wesentliche Traditionselemente vererben, die für das Selbstverständnis des sozialistischen Regimes und für die Vermittlung seiner Gesellschaftsidee grundlegend waren. Dazu gehörte in erster Linie der Antifaschismus bzw. das Vermächtnis der antifaschistischen Märtyrer, deren Opfer als verpflichtendes Vorbild für die Jugend betrachtet wurde.²⁷ Außerdem umfasste dieses Erbe bestimmte, meist asketische Moralvorstellungen, die sich zum Teil mit den Konventionen weiter Gesellschaftsschichten deckten.²⁸

Bei der Vermittlung ihrer Traditionen und Ideale war die Staats- und Parteiführung seit dem Mauerbau weniger auf repressive Methoden angewiesen,

23 Kudella, Sonja u. a.: Die Politisierung des Schulalltags, in: Geißler, Gert; Blask, Falk (Hg.): In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln. Berlin 1996, S. 21–209; vgl. Sachse, Christian: (Vor)militärische Ausbildung in der DDR, ebd., S. 213–314; Geißler, Gert; Wiegmann, Ulrich: Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse. Frankfurt a. M. u. a. 1996, S. 173–231.

24 Geißler: Volksbildung, S. 37.

25 Mählert, Ulrich; Stephan, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden – rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996, S. 8; vgl. Hübner, Peter: Die FDJ als politische Organisation und als sozialer Raum, in: Gotschlich, Helga (Hg.): »Links und links und Schritt gehalten ...«. Die FDJ. Berlin 1994, S. 58 f.

26 Vgl. Mleczkowski, Wolfgang: »Der Staat sind wir nicht«. Probleme der politischen Jugendkultur Jugendlicher in der DDR, in: Baske, Siegfried; Rögner-Francke, Horst (Hg.): Jugendkultur im geteilten Deutschland. Berlin 1986, S. 60–62; Wangenheim, Inge von: Genosse Jemand und die Klassik. Gedanken eines Schriftstellers. 2. Aufl., Halle, Leipzig 1981, S. 28–35. (Für diesen Hinweis danke ich Hartmut Zwahr, Leipzig.)

27 Vgl. Wierling, Dorothee: Nationalsozialismus und Krieg in den Lebensgeschichten der ersten Nachkriegsgeneration in der DDR, in: Domansky, Elisabeth; Welzer, Harald (Hg.): Eine offene Geschichte: Zur kommunikativen Tradierung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Tübingen 1999, S. 35–56; Danyel, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: Ders. (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten. Berlin 1995, S. 31 f.

28 Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. 2. Aufl., Berlin 1999, S. 69.

sondern konnte angesichts der versperrten Fluchtlalternative in den Westen zunehmend auf Manipulation und Indoktrination setzen.²⁹ Seit dem 13. August 1961, gewissermaßen dem »heimlichen Gründungstag der DDR«,³⁰ blieb die ostdeutsche Gesellschaft in hohem Maße auf sich selbst fixiert. Erst mit dem Prager Frühling wurde dieser Autismus kurzfristig, mit der Ende der sechziger Jahre einsetzenden Entspannungspolitik auch langfristig aufgebrochen.³¹ Die Geschlossenheit der DDR-Gesellschaft ist somit immer unter dem Vorbehalt der internationalen Entwicklung zu betrachten.

Bei der Untersuchung gesellschaftlicher Prozesse sind auch individuelle Verhaltensweisen zu berücksichtigen, geben doch die äußerst differenzierten Formen von Anpassung und Nonkonformität wichtige Aufschlüsse sowohl über die Herrschaftspraxis als auch über deren Akzeptanz – voran über die Aneignung oder Abwehr totalitärer Gestaltungsansprüche.³² Eine Summierung nonkonformer Verhaltensmuster unter den Begriff des »Widerstandes« bzw. unter »Opposition«, wie sie Ilko-Sascha Kowalczuk vorgenommen hat, weil der totalitäre Anspruch sozialistischer Systeme eine politische Dimension in jedem abweichenden Verhalten impliziere,³³ hilft dabei kaum weiter. Vielmehr ist nach differenzierten Handlungsoptionen und -motiven zu fragen und zwischen Anpassung, nonkonformem Verhalten, Opposition und Widerstand zu unterscheiden: »Als Gegnerschaft kann nur der gesuchte und gestaltete Konflikt mit den Herrschenden gelten.«³⁴

Gleichwohl ist zu bedenken, dass mit dem Mauerbau die Handlungsoptionen deutlich eingeschränkt wurden. Der Auszug (»exit«) aus der geschlossenen Gesellschaft als bequemere Widerspruchsvariante war nur noch unter erheblichen Gefahren möglich, der ausdrückliche Protest (»voice«) aber gefährdete das wechselseitige Arrangement zwischen Herrschenden und Be-

29 Hübner, Peter: Das Jahr 1961 und die Kontinuität der Arbeitergeschichte in der DDR, in: Ders.; Tenfelde (Hg.): Arbeiter, S. 23. Vgl. Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München 1999, S. 223.

30 Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR. Erw. Neuausgabe. Frankfurt a. M. 1996, S. 196.

31 Vgl. Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997, S. 19 f., 232–369; Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. Berlin 1998, S. 57–95.

32 Vgl. Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition in der DDR. Siebzehn Thesen, in: ZfG 44 (1996), S. 51–62; Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000, S. 58–65.

33 Kowalczuk, Ilko-Sascha: »Wer sich nicht in Gefahr begibt ...«. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für DDR-Opposition, in: GWU 50 (1999), S. 435; vgl. Ders.: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR, in: Poppe u. a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung, S. 99–114; Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984, S. 14–19.

34 Neubert: Geschichte, S. 27. Vgl. die Abstufung bei Peukert, Detlef: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln 1982, S. 97.

herrschten.³⁵ Insofern stellen Verhaltensbeschreibungen wie »loyale Widerwilligkeit« oder »mißmutige Loyalität« hilfreiche Nuancierungen dar.³⁶ Diese Formeln vermögen zudem in ihrer Ambivalenz das dualistische Schema von Anpassung und Widerstand aufzulösen und die Widersprüchlichkeit politischer Handlungsoptionen zu verdeutlichen.

Eine solche Ambivalenz könnte gerade durch den umfassenden Gestaltungsanspruch des SED-Regimes provoziert worden sein, da er über den öffentlichen Raum hinaus in Residualbereiche wie die Familie hineinreichte. Die umfassende Kontrolle der Öffentlichkeit durch Staat und Partei führte zudem zu einer starken Fixierung der Ostdeutschen auf westliche Medien, deren Trendangebote vor allem die Jugend rezipierte. So erlebten sich weite Teile der Bevölkerung in einer Art medialer Rückkopplung in den Berichten westdeutscher Rundfunk- und Fernsehsender, die sich erheblich von dem Informationsangebot der gleichgeschalteten DDR-Presse unterschieden.³⁷

Außerdem kollidierten die Normierungsbestrebungen in der DDR stellenweise mit jugendlichen Rebellionspotenzialen, die ebenso wie das Freizeitverhalten und die Rezeption modischer und musikalischer Trends vor allem der sozialen Distinktion dienen.³⁸ Diese Widerspruchsneigung stellt eine Facette jugendlichen Aktionismus' dar, eine andere ist die angesprochene Kreativität. Damit werden vor allem individuelle und gesellschaftliche Grenzen ausgelotet, innerhalb derer (nicht nur politische) Spielräume besetzt und ausgefüllt werden können. Zu diesen Räumen gehören auch private Residualbereiche, weshalb deren politische Überformung abzuwehren ist, soweit politische Angebote nicht privat genutzt werden können. Die Absicherung privater Autonomiespielräume gegen eine politische Durchdringung kann allerdings eine Verinselung der Gesellschaft provozieren, sofern sie nicht durch intakte informelle, politische Netzwerke getragen werden kann.

Milieuspezifische Unterschiede in der politisch-kulturellen Tradition lassen vermuten, dass auch unter Jugendlichen die Akzeptanz, Abwehr und Aneignung politischer Normen in der Öffentlichkeit wie auch im Privaten je nach

35 Zu »exit« und »voice« als Alternativen politischen Widerspruchs vgl. Hirschman, Albert O.: Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik, in: Leviathan 20 (1992), S. 330–358; vgl. Niethammer, Lutz: Die SED und »ihre Menschen«. Versuch über das Verhältnis zwischen Partei und Bevölkerung als bestimmendem Moment innerer Staatssicherheit, in: Suckut, Siegfried; Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von MfS und SED. Berlin 1997, S. 328–332.

36 Mallmann, Klaus Michael; Paul, Gerd: Resistenz oder loyale Widerwilligkeit. Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG 41 (1993), S. 99–116; Lüdtkke, Alf: »Helden der Arbeit« – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte, S. 188.

37 Vgl. Schildt, Axel: Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR, in: Bauerkämper, Arnd u. a. (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn 1998, S. 60–62; Merkel: Arbeiter, S. 544 f.

38 Vgl. Mitterauer, Michael: Sozialgeschichte der Jugend. Frankfurt a. M. 1986, S. 236–239; Zinnecker, Jürgen: Jugendkultur 1940–1985. Opladen 1987, S. 259–266.

Herkunft differieren.³⁹ Die Einebnung solcher Differenzen lässt deshalb Rückschlüsse auf die Entdifferenzierung innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft zu, die vor allem durch soziale Auswahlmechanismen – voran die Praxis der Kaderrekrutierung – zurückzuführen sind.

Zu berücksichtigen sind auch hier Ausprägungen altersspezifischer Lebensentwürfe und Kulturformen, die mit Konventionen und politischen Normen kollidierten. Dabei könnte die politische Überformung weiter Bereiche der Gesellschaft zu einer Politisierung von Verhaltensweisen geführt haben, die gar nicht politisch intendiert waren.⁴⁰ Dies hätte einerseits generationelle Konflikte mit politischen Gehalten aufladen können. Andererseits verlangte die starke Orientierung Jugendlicher an westlicher Kultur und westlichem Konsum nach einer Entpolitisierung dieser Praktiken, da beides durch die ostdeutsche Politik der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik stets eine politische Dimension erhielt. Damit erlauben solche Auseinandersetzungen auch Folgerungen hinsichtlich der Fähigkeit des Regimes und der Gesellschaft, Konventionen und Traditionen an die nachrückenden Generationen zu vererben und dadurch die Entwicklung von Wertesystemen unter der Jugend zu beeinflussen.

Die Akzeptanz tradierter Wertekanonens wiederum ist ein wichtiges Indiz für den Erfolg der politischen Praxis. Von einer erfolgreichen Flexibilisierung ihrer Herrschaft ist auszugehen, sollte es der Staats- und Parteiführung gelingen sein, politische und generationelle Konfrontationslinien zu verwischen oder zu löschen. Insofern liefert die Jugendpolitik wichtige Hinweise auf die SED-Herrschaft allgemein. Der Grad der Durchdringung privater Räume mit ihren Ansprüchen verweist also auf die »Durchherrschaft« der Gesellschaft insgesamt.⁴¹

Wie »durchherrscht« die DDR-Gesellschaft war, hängt wesentlich davon ab, ob es den Ostdeutschen gelang, innerhalb ihrer totalitären Konstruktion »soziale Restformationen« bzw. »nichtorganisierte Räume ideologischer Neutralität« zu bewahren.⁴²

39 Hofmann, Michael; Rink, Dieter: Mütter und Töchter – Väter und Söhne. Mentalitätswandel in zwei DDR-Generationen, in: BIOS 6 (1993), S.216. Vgl. Geulen, Dieter: Politische Sozialisation in der DDR. Autobiographische Gruppengespräche mit Angehörigen der Intelligenz. Opladen 1998, S.49–53; Huinink, Johannes u. a.: Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin 1995.

40 Vgl. Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen, in: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln u. a. 1999, S.23–25; Poiger, Uta G.: Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany. Berkeley a. o. 1999, S.168–205; Dies.: Amerikanischer Jazz und (ost)deutsche Respektabilität, in: Lüdtke, Alf; Becker, Peter (Hg.): Akten. Eingaben. Schaulfenster. Die DDR und ihre Texte. Berlin 1997, S.119–136; Rauhut: Beat, S.8 u. 114f.

41 Lüdtke: »Helden«, S.188. Durch Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte, S.547–553, ist der Begriff populär geworden, während sich Alf Lüdtke bald von ihm distanziert hat: vgl. Lüdtke: DDR, S.3f.

42 Jarasch, Konrad: Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: AFS 39 (1999), S.10; Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsge-

Da zum Zeitpunkt des Mauerbaus fast alle intermediären Organisationen wie Verbände und Gewerkschaften bereits zu Transmittenten der SED-Politik geformt worden waren, kam den Kirchen eine besondere Rolle zu. Diese Rolle war von Anfang an politisch aufgeladen und wurde durch die Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre weiter politisiert.⁴³ Die kirchliche Jugendarbeit ist deswegen als mögliche Alternative zur staatlichen Jugendpolitik gesondert zu berücksichtigen. Eine Fortsetzung der Konflikte um die Jungen Gemeinden und die Studentengemeinden nach dem Mauerbau widerspräche der Annahme, die SED hätte den evangelischen Kirchen weitreichende Zugeständnisse abringen und sie damit zu einer »Staatskirche neuen Typus« formen können (Gerhard Besier), während der Katholizismus mit seinem »Kurs der öffentlichen politischen Abstinenz« dem Begehren der SED-Führung widerstanden hätte.⁴⁴ Messen lassen sich an der kirchlichen Jugendarbeit außerdem gesellschaftliche Gestaltungsansprüche, die die Kirchen erhoben.

Problematisch hingegen erscheint die Überlegung, das erfolgreiche Beharren auf solche Ansprüche habe die Akzeptanz der Kirchen unter Jugendlichen vergrößert. Angesichts fehlender Alternativen und des dominanten Normierungsanspruchs der Staats- und Parteiführung ist eine solche Annahme irrig, da das Bekenntnis zur Kirche als Zugehörigkeit zu einer alternativen Wertegemeinschaft und damit als offener Widerspruch gegen das System interpretiert werden konnte.

Diese Feststellung verweist auf Schwierigkeiten, die ostdeutsche Realität mit eindeutigen Formeln wiederzugeben. So erfreuen sich zwar totalitarismustheoretische Deutungen wie die von Klaus Schroeder, der die DDR als »(spät-)totalitäre[n] Versorgungs- und Überwachungsstaat« charakterisiert,⁴⁵ auf der einen Seite ebenso großer Beliebtheit wie der von Alf Lütke geprägte Begriff des »Eigen-Sinns« auf der anderen, scheint dieser Terminus doch die Spannungen zwischen der politischen Durchdringung einer ganzen Gesellschaft und dem Beharren (zivil-)gesellschaftlicher Residualbereiche zu überbrücken; es mangelt aber solchen Formeln zur Beschreibung der DDR-Gesellschaft gerade daran, die Ambivalenzen der ostdeutschen Gesellschaftswirklichkeit zu erfassen, die Detlef Pollack als »konstitutive Widersprüchlichkeit« bezeichnet hat.⁴⁶

sellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart u. a. 1994, S. 64.

43 Vgl. ebd., S. 113–125; Skyba, Vom Hoffnungsträger, S. 208–233.

44 Schäfer, Bernd: Staat und katholische Kirche in der DDR. Köln u. a. 1998, S. 29, 233, kritisiert diesen Kurs, weil damit jeglicher gesellschaftlicher Gestaltungsanspruch aufgegeben worden sei. Die Polemik gegen die ev. Kirchen in: Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung. [Bd. 1] München 1993, S. 18; vgl. Ders.: Der SED-Staat und die Kirche. Die Vision vom Dritten Weg. [Bd. 2] Berlin, Frankfurt a. M. 1995.

45 Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München 1998, S. 643. – Zum Folgenden siehe oben, Anm. 14 u. 41.

46 Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: GG 24 (1997), S. 144. Vgl. Niethammer: Die SED, S. 317.

Diese Widersprüchlichkeit ist hier in einer doppelten Perspektive darzustellen. So beschränkt sich die vorliegende Arbeit nicht darauf, die institutionalisierte Jugendpolitik darzustellen, sondern analysiert zugleich die Entwicklung jugendlicher Alltagskultur in der DDR.⁴⁷ – Der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung lag in der DDR durchschnittlich bei 18 Prozent, wobei innerhalb des Untersuchungszeitraumes der Tiefpunkt 1966 mit 15,1 Prozent und der Höhepunkt der Entwicklung 1973 (17,8 Prozent) erreicht wurde.⁴⁸

Unter »Jugend« wird dabei die Personengruppe verstanden, die sich in der Entwicklungsphase zwischen der Pubertät sowie der sozialen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit befindet. Dieser Abschnitt differiert in der Länge, da der Einstieg in diese Phase simultan im Alter von ca. 13–14 Jahren vollzogen wird, das Ende aber erheblich variiert – je nach Bildungsabschluss zwischen 17 und 24 Jahren. Unabhängig von der Art der Ausbildung ist nach deren Ende von einer geregelten Berufstätigkeit und damit von der ökonomischen Unabhängigkeit gegenüber dem Elternhaus auszugehen. Mit dem Beginn des regulären Einkommenserwerbs erfolgt oft mit der Gründung einer eigenen Familie die endgültige soziale Abkoppelung vom Elternhaus.

Innerhalb der so definierten Gruppe bilden Studierende eine Ausnahme, da ihre lange Ausbildungszeit den Rahmen des Jugendalters deutlich ausdehnt.⁴⁹ Als Jugendliche sind Studierende dennoch zu berücksichtigen, weil sie ökonomisch oft noch stark an das Elternhaus gebunden sind und weil sie außerdem – bedingt durch die Form ihrer Ausbildung – Lebensformen praktizieren, die eher denen von Lehrlingen als denen ihrer bereits berufstätigen Altersgenossen entsprechen: Sie sind oft in Wohnheimen untergebracht, haben zumindest keinen etablierten Wohnsitz und häufig noch keine eigene Familie.

Da das Jugendalter relativ kurz ist und seine Dauer nicht einer ganzen Generation entspricht, durchlaufen verschiedene Kohorten Jugendlicher den Untersuchungszeitraum. Sie bilden unter Umständen schon deshalb keine »Generationseinheit«, weil der Erfahrungshintergrund der verschiedenen Jahrgänge zu stark differiert. Aus diesem Grunde ist in »der« DDR-Jugend der sechziger und frühen siebziger Jahre eine generationelle Binnendifferenzierung zu berücksichtigen. Dieser scheinbare Nachteil ist jedoch ein Vorteil, weil damit nicht nur politische Wandlungen, sondern möglicherweise auch Veränderungen im Anpassungsverhalten Jugendlicher der selben Generation beobachtet werden können.

Als zeitlicher Rahmen der Untersuchung dienen der Mauerbau und der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Zwischen beiden Ereignissen stellte

47 Vgl. Mühlberg, D.: Überlegungen, S. 62–86.

48 Schulze, Edeltraud; Noack, Gert (Hg.): DDR-Jugend. Ein statistisches Handbuch. Berlin 1995, S. 15; vgl. Tab. 1f, S. 26f., Abb. 1, S. 28, Tab. 26, S. 52.

49 Vgl. Starke, Kurt: Jugend im Studium. Zur Persönlichkeitsentwicklung von Hochschulstudenten. 2. Aufl., Berlin (DDR) 1980, S. 28–32.

die DDR eine relativ geschlossene Gesellschaft dar, die sich zunehmend stabilisierte. Setzte die Stabilisierung der DDR den Mauerbau voraus, so erfolgte nach dem Machtwechsel vor dem Hintergrund der internationalen Entspannung ihre außenpolitische Öffnung. Um überprüfen zu können, wie sich dieser Umschwung innenpolitisch auswirkte, wird der Untersuchungszeitraum über den Machtwechsel hinaus verlängert bis zu den Weltfestspielen von 1973 und dem Jugendgesetz von 1974. Sie demonstrierten jeweils den politischen Wandel nach außen und nach innen.

Zudem ermöglicht die Verlängerung des Untersuchungszeitraums, gesellschaftliche Wandlungsprozesse über den personellen Wechsel hinaus zu betrachten. Dabei fokussiert der Blick »von oben« die Frage, wie stark jugendpolitische Maßnahmen unter dem Primat des Ideologems der »allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit« standen und auf welche Weise dieses Ideal Jugendlichen vermittelt wurde. Die Perspektive richtet sich dabei vor allem auf das Bildungswesen und auf die Arbeit der FDJ. Zudem wird untersucht, wie weit die Freizeitgestaltung Jugendlicher von den veränderten politisch-ideologischen Ansprüchen berührt wurde.

Der Bereich der Freizeit, voran die Beziehungen zu Gleichaltrigen, und das Privatleben im Familienverband bilden die Schnittpunkte, in denen sich die Perspektive »von oben« mit dem Blick »von unten« trifft. An diesen Punkten sind am ehesten Konflikte zu beobachten, da hier die staatlichen Erziehungsziele mit den Konventionen des Elternhauses und mit altersspezifischen Kulturformen konkurrierten. In diesem Zusammenhang wie auch für die Entwicklung der »politischen Doppelkultur« in der DDR sind die Rezeption, Konservierung bzw. Ablösung politischer, gesellschaftlicher und privater Traditionen durch die ostdeutsche Jugend von besonderem Interesse.

Dabei sind gerade »eigen-sinnige« Verhaltensmuster im Spannungsfeld von Widerstand und Anpassung zu berücksichtigen. Sie verweisen einerseits auf die Flexibilisierung der staatlichen Herrschaftspraxis, sofern die Jugendpolitik derartige Praktiken graduell toleriert, akzeptiert oder sogar integriert hat; andererseits zeigen sie die Entpolitisierung der ostdeutschen Jugend, wenn typische Formen der Jugendkultur nicht (mehr) zur Demonstration der eigenen »herrschaftskritischen Distanz«⁵⁰ genutzt worden sind.

Die Entwicklung des jugendpolitischen und des gesellschaftlichen Wandels wird chronologisch verfolgt, um Aufschlüsse über spezifische »Erlebniseinstellungen« zu gewinnen, die einen Generationszusammenhang konstituiert haben könnten.⁵¹

50 Lemke: Die Ursachen, S. 82.

51 Mannheim: Das Problem, S. 532. – Zum Folgenden vgl. u. a. Wierling, Dorothee: Erzieher und Erzogene. Zu Generationenprofilen der DDR der 60er Jahre, in: Schildt u. a. (Hg.): Dynamische Zeiten, S. 624–641.

In die chronologische Darstellung eingelagert sind zwei Exkurse. Der eine (Kap.4) widmet sich dem Verhältnis ostdeutscher Jugendlicher zu den Kirchen. Im anderen Exkurs (»Stolze junge Bürger« in Kap.5) wird die Entwicklung jugendlicher Bewusstseinsformen im Spiegel der DDR-Jugendforschung betrachtet.⁵² Fragt das 4. Kapitel nach dem Einfluss gesellschaftlicher und politischer Wandlungsprozesse auf die kirchliche Jugendarbeit, so analysiert der Abschnitt über die Jugendforschung das Problem einer spezifischen DDR-Identität. Dabei ist u. a. die Frage zu beantworten, ob die Ausprägung einer ostdeutschen Identität als Legitimitätsgewinn für die SED-Herrschaft zu betrachten ist. Zugleich lässt die Ausbildung einer spezifischen Identität unter ostdeutschen Jugendlichen Rückschlüsse auf ein generationelles Selbstverständnis im Sinne einer Generationseinheit zu.

Durchgeführt wurde die Untersuchung am Beispiel Leipzigs, weil es als Industrie-, Universitäts- und Großstadt ein breites soziales Spektrum umfasst.⁵³ So kann die Darstellung bürgerliche, proletarische und andere unterbürgerliche Milieus berücksichtigen. Zudem erlaubt die Funktion Leipzigs als Messestadt, vor Ort mediale Rückkopplungseffekte aufzuspüren, die sonst nur durch westliche Rundfunk- und Fernsehsender erzeugt wurden. Die repräsentative Sonderfunktion Leipzigs als Schaufenster der DDR kann somit hingenommen werden, zumal wegen ihrer geringen Zahl keines der urbanen Zentren Ostdeutschlands als repräsentativ gelten kann. Bei Bedarf werden gleichwohl andere Städte und Regionen zum Vergleich herangezogen. Entwicklungen im ländlichen Bereich können insofern vernachlässigt werden, als das Bildungs- und Ausbildungssystem der DDR zu einer Konzentration im (klein- bis groß-)städtischen Bereich tendierte und damit ein erheblicher Teil der Landjugend in das urbane Leben integriert wurde.⁵⁴

Die Untersuchung hat wie die DDR-Forschung generell mit der Dominanz von *Quellen* aus dem Herrschaftsapparat umzugehen, die durch andere Über-

52 Vgl. Brislinger, Evelyn u. a. (Hg.): Jugend im Osten. Sozialwissenschaftliche Daten und Kontextwissenschaften aus der DDR sowie den neuen Bundesländern. Berlin 1997; Friedrich, Walter u. a. (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999.

53 Vgl. z.B. Vester, Michael u. a. (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln 1995, S.23–26; Hollitzer, Tobias: Leipzig, in: Veen, Hans-Joachim u. a. (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S.237–241. – Der Bevölkerungsanteil Jugendlicher lag im Bezirk Leipzig mit durchschnittlich 16,1 Prozent, einem Minimum von 13,7 und einem Maximum von 16,2 Prozent (1966 bzw. 1973) geringfügig unter dem DDR-Durchschnitt: Schulze; Noack (Hg.): DDR-Jugend, Tab. 1 f, S.26f., u. Tab. 26, S.52.

54 Vgl. Reuter, Lutz R.: Administrative Grundlagen und Rahmenbedingungen, in: Führ, Christoph; Furck, Ludwig (Hg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd.IV/2, München 1998, S.36–53.

lieferungen relativiert werden müssen.⁵⁵ So werden neben den Akten der Staats- und Parteiorgane, bei denen zum Teil extreme Kompetenzüberschneidungen zu beobachten sind, kirchliche Materialien und private Überlieferungen genutzt. Obwohl diese quantitativ mit den erstgenannten Quellen keinesfalls konkurrieren können, sind sie qualitativ unverzichtbar.⁵⁶

Die Nutzung von Akten des Herrschaftsapparates steht unter mehreren Vorbehalten. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass Meinungsbildungsprozesse darin selten eindeutig zu rekonstruieren sind, weil der überwiegende Teil aus (oft ausufernden) Berichten ohne entsprechende Schlussfolgerungen oder aus reinen Beschlussprotokollen besteht. Durch diese Überlieferungspraxis verhinderten die Staats- und Parteiorgane, dass Entscheidungsprozesse transparent wurden. An einzelnen Stellen lässt sich dieses Manko dadurch ausgleichen, dass sich Überlieferungen von Dienststellen ergänzen, die in der Doppelstruktur von Partei- und Staatsapparat miteinander kooperierten oder konkurrierten. In jugendpolitischen Belangen ist das Material extrem gestreut, da sie verschiedene Politikbereiche berühren: Volksbildung, Hochschulpolitik, Ordnungspolitik, für die Akten der zuständigen Ministerien bzw. Ministerialabteilungen herangezogen wurden, sowie Jugendpolitik im engeren Sinne, für die diverse Institutionen verantwortlich waren – von der Abteilung Jugend des SED-Zentralkomitees über die Freie Deutsche Jugend und die Jugendabteilungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) bis hin zum Amt für Jugendfragen beim Ministerrat.⁵⁷

Ein Sonderproblem stellt in diesem Überlieferungszusammenhang das Berichtswesen dar. So sind in den Informationsberichten der Parteiorgane und staatlichen Leitungen nicht nur eine Kanonisierung der Struktur und eine Formalisierung der Terminologie, sondern auch eine zunehmende Diffusion zu beobachten. Das Ausufernde der Berichte weckt Zweifel daran, dass der Parteiapparat die steigende Informationsflut tatsächlich bewältigen konnte.⁵⁸ Allerdings scheint das Berichtswesen innerhalb der Partei bis zum Ende der sechziger Jahre noch nicht zu einem selbstreflexiven System degeneriert zu sein. Dies legen verschiedene Vorgänge nahe, die selektiv auf verschiedenen Administrationsebenen aktenkundig wurden und deren Relevanz auf jeder Ebene

55 Vgl. Fulbrook, Mary: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 275–280.

56 Vgl. z. B. Weber, Hermann: Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und die Rolle der Archive, in: Faulenbach, Bernd u. a. (Hg.): Die Partei hatte immer recht. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur. Essen 1994, S. 42–56; Judt, Matthias: »Nur für den Dienstgebrauch«. Arbeiten mit Texten einer deutschen Diktatur, in: Lüdtke/Becker: Akten, S. 29–38.

57 Vgl. Roesler, Jörg: Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR 1948–1989, in: APuZ, B 28/99, S. 23f.

58 Vgl. Fulbrook: Methodologische Überlegungen, S. 276–279; Judt: »Nur für den Dienstgebrauch«, S. 29–38; Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von Bürokratie und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Lüdtke/Becker: Akten, S. 60–73.

zu erkennen ist. Grundsätzlich fallen die starken qualitativen Unterschiede der Informationsberichte der SED gegenüber denen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ins Auge.⁵⁹ Obwohl auch hier eine ungeheure Expansion des Berichtswesens festzustellen ist, scheint das Material erheblich stärker gewichtet und nach seiner politischen und strategischen Bewertung durch das MfS präzisiert worden zu sein.

Trotz des zentralistischen Systems waren regionale und lokale Entscheidungen auch im Bereich der Jugendpolitik von erheblicher Relevanz. Hier ist erneut die erwähnte Doppelstruktur festzustellen, die eine Beschränkung der Recherchen auf die Archive der SED erlaubt.

Die Rekonstruktion regionaler und lokaler Entwicklungen war im kirchlichen Bereich nur begrenzt möglich, weil die sächsische Landeskirche den Zugang zu ihren Archivalien geradezu verhindert. Gleichwohl sind die Bestände der kirchlichen Archive als Material der einzigen unabhängigen intermediären Institutionen in der DDR auch für allgemeine gesellschaftliche Fragen sehr aufschlussreich. Dies gilt für die Jugendarbeit im Besonderen, da sie ein Kernanliegen der Kirchen war. Aber auch hier handelt es sich um administrative Überlieferungen, die eine verzerrte und eingeschränkte Perspektive widerspiegeln.

Einen eigenen Quellentyp stellt die Jugendpresse dar, die in der DDR ausschließlich dem Zentralrat der FDJ unterstand. Gleichwohl handelten die Redaktionen in eigener Verantwortung, so dass die Periodika (die Tageszeitung *Junge Welt*, die Zeitschrift *Forum* und das Jugendmagazin *neues leben*) nicht nur als Propagandainstrumente, sondern als ernstzunehmende Medien einer – zensierten – Presselandschaft zu betrachten sind.⁶⁰ Unabhängig von ihrer ideologischen Überformung illustrieren die Jahrgänge von *neues leben* wie auch die ausgewählten Stichproben von *Forum* und *Junge Welt* den gesellschaftlichen Wandel in der DDR und damit die Entwicklung jugendlicher Lebensentwürfe und -gestaltung.

Eine Sonderstellung nehmen unter den Quellen aus staatlichen oder staatsnahen Beständen die Untersuchungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) ein, die eine relativ differenzierte Sicht auf die Sozialisation

59 Vgl. Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Henke, Klaus-Dietmar; Ders. (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 23–39; Gieseke, Jens; Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. Stuttgart, München 2001.

60 Vgl. Mühlberg, Dietrich: Alltag in der Medienöffentlichkeit. Illustrierte Zeitschriften und Magazine als Quellen kulturhistorischer Forschung, in: Barck, Simone u. a. (Hg.): Zwischen »Mosaik« und »Einheit«. Zeitschriften in der DDR. Berlin 1999, S. 32–47; Erinnerungen an 38 Jahre Jugendmagazin *neues leben*, ebd., S. 173–179; Schuster, Ulrike: Wissen ist Macht. FDJ, Studenten und die Zeitschrift *Forum* in der SBZ/DDR. Berlin 1997.

von Jugendlichen und auf die Jugendpolitik werfen. 1965 gegründet, hat das ZIJ um Walter Friedrich seit 1968 eine Reihe an Umfragen unter Jugendlichen durchgeführt. Die Umfragen führten trotz des eigenartigen Spagats zwischen Realitätsanalyse und Utopieprognostik, der durch den Zwitter-Status des Instituts als Forschungseinrichtung und politisches Instrument bedingt war, zu relativ brauchbaren Ergebnissen. Diese standen oft in einem scharfen Kontrast zur Meinung der Staats- und Parteibürokratie und unterlagen nicht nur deswegen strikter Geheimhaltung. Allerdings lassen die Parameter die ideologischen Prämissen großer Teile des Untersuchungskomplexes erkennen, so dass bei der Interpretation der erhobenen Daten Zurückhaltung geboten ist.⁶¹

Da die Umfragen zwar oft unter Schülern und Studierenden in Leipzig durchgeführt worden sind, die Stichproben aber als repräsentativ für die gesamte DDR gelten können, sind sowohl Querschnitts- als auch Längsschnittstudien des ZIJ für diese Arbeit ausgewertet worden.⁶²

Während die ZIJ-Studien das einzige repräsentative Material der vorliegenden Untersuchung darstellen, können Gespräche mit Zeitzeugen diesem Anspruch keinesfalls gerecht werden, sollen dies aber auch gar nicht. Die narrativen Leitfaden-Interviews mit Zeitzeugen⁶³ eröffnen allerdings als einzige Quellen die Perspektive »von unten«. Erst anhand dieser Gespräche werden Motivationen für Haltungen und Handlungen Jugendlicher greifbar, wird Alltag anschaulich und gesellschaftliche Realität subjektiv vermittelt.⁶⁴ Diese subjektive Sicht steht unter dem Vorbehalt des Erinnerungsbruches von 1989/90, da sich mit dem Ende der DDR die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Ostdeutschen grundlegend veränderten – auch für diejenigen, die die DDR längst verlassen hatten.⁶⁵

Die im Laufe dieser Untersuchung geführten Gespräche werden ergänzt durch Material anderer Untersuchungen.⁶⁶ Trotz der langen Gespräche ver-

61 Vgl. Förster, Peter: Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Friedrich u. a. (Hg.): Das Zentralinstitut, S. 72 f.

62 Freizeit 69, Schüler-Intervallstudie I (IS I), Studenten-Intervallstudie (SIS), ZA Köln. – Vgl. Friedrich, Walter: Zur inhaltlichen und methodischen Forschung am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, in: Brislinger u. a. (Hg.): Jugend, S. 85–102.

63 Namen von Zeitzeugen wurden auf Wunsch ebenso pseudonymisiert und mit * gekennzeichnet, wie die Namen unbeteiligter Dritter aus archivalischen Materialien. Anders als die Originaltranskripte folgen die Interviewauszüge in der vorliegenden Fassung der hochdeutschen Schriftsprache. – Zu den Interviews vgl. Breckner, Roswitha: Von den Zeitzeugen zu den Biographen. Methoden der Erhebung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews, in: Alltagskultur, S. 210 f.

64 Vgl. ebd., S. 199–222; Grele, Ronald J.: Ziellose Bewegung. Methodologische und theoretische Probleme der Oral History, in: Niethammer, Lutz (Hg.): Lebenserfahrung und soziales Gedächtnis. Die Praxis der »Oral History«. Frankfurt a. M. 1980, S. 143–161.

65 Eine Ausnahme bilden die Interviews, die vor 1989 geführt wurden von Niethammer, Lutz u. a.: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Reinbek, Berlin 1991. – Vgl. Mühlberg, D.: »Leben«, S. 649–651.

66 Vgl. u. a. Zoll, Rainer (Hg.): Ostdeutsche Biographien. Lebenswelten im Umbruch. Frankfurt a. M. 1999; Schlegelmilch, Cordia: Deutsche Lebensalter. Erkundungen in einer säch-

zichtet die vorliegende Studie auf prosopografische Darstellungen, verfolgt also keine Einzelbiografien über den Untersuchungszeitraum hinweg.⁶⁷

Auf autobiografische Aufzeichnungen konnte nur zurückgegriffen werden, soweit sie bereits veröffentlicht worden sind.⁶⁸ Auch hier gilt der Vorbehalt eines »Erinnerungsbruches«. Zeitgenössisches Material dieser Art ist kaum überliefert, wofür es verschiedene Gründe gibt. So ist u. a. zu bedenken, dass derartiges Material gegebenenfalls kompromittierend sein konnte und deshalb nur in sehr wenigen Fällen aufbewahrt wurde.

So setzt sich der Anspruch der SED, die DDR umfassend zu gestalten, bis in die Quellen hinein fort. Die vorliegende Studie ist deswegen mit ihrem Ziel, die Sozialisation ostdeutscher Jugendlicher im Spannungsfeld von Protest und politischer Normierung in den sechziger und frühen siebziger Jahren als komplexen gesellschaftlichen Prozess, als Interaktion von Herrschenden und Beherrschten zu beschreiben, auch als Versuch zu verstehen, die dominante Überlieferung des Herrschaftsapparates zu relativieren.

sischen Kleinstadt, in: PROKLA 23 (1993), S. 269–295; Geulen: Politische Sozialisation; Hofmann/Rink, Mütter; Wierling, Dorothee: Der Staat, die Jugend und der Westen. Texte zu Konflikten der 1960er Jahre, in: Lüdtko/Becker: Akten, S. 223–240.

67 Vgl. Huinink, Johannes: Individuum und Gesellschaft. Theoretische Ausgangspunkte einer Rekonstruktion der DDR-Gesellschaft in Lebensverläufen ihrer Bürger, in: Ders. u. a.: Kollektiv, S. 25–44.

68 Fritzsck, Günter: Gesicht zur Wand. Willkür und Erpressung hinter Mielkes Mauern. 2. Aufl., Leipzig 1994; Fritzsck, Harald: Flucht aus Leipzig. München, Zürich 1990; Geißler, Gert: Landfriedensbrecher. Eine zeitweilige Festnahme am 31. Oktober 1965 in Leipzig, in: Deutsche Lehrerzeitung 44 (1997), Nr. 15/16, S. 10; Dieckmann, Christoph: Äpfel schütteln, in: Kleßmann, Christoph (Hg.): Kinder der Opposition. Berichte aus Pfarrhäusern in der DDR. Gütersloh 1993, S. 48–64; Meckel, Markus: Geborgenheit und Wagnis, ebd., S. 95–108; Zwahr, Hartmut: Rok šedesátý osmý. Das Jahr 1968, in: François u. a. (Hg.): 1968, S. 111–123; Ders.: Nur noch Pausenzeichen von Radio Prag. Der August 1968 im Tagebuch eines Leipziger Historikers, in: Neue Rundschau 104 (1993), S. 89–98. Zwahrs Artikel stellen eine Besonderheit dar, da sie auf zeitgenössischen Tagebuchnotizen beruhen. – Heftig umstritten sind die Erinnerungen von Koch, Dietrich: Das Verhör. Zerstörung und Widerstand. Dresden 2000; vgl. dagegen Fritzsck, H.: Flucht, S. 69–96; Welzk, Stefan: Die Sprengung – der Protest, <http://www.paulinerkirche.de/inhalt11.htm>; Ders.: Universitätskirchensprengung und Protest, in: Universität Leipzig-Journal, Nr. 6/1998, S. 29, sowie die Interviews mit Günter Fritzsck, Frankfurt a. M. 26.10.2000, u. Harald Fritzsck, Berlin 9.2.2000.

1. Im Schatten der Mauer

»Säbelgerassel«: Mauerbau, Antennensturm und Wehrpflicht

»An der Ostsee waren wir zelten in Bansin, und wir hatten Berliner Freunde dort [...] und wir sind immer spät aufgestanden, [...] und ich denk, was ist denn hier los, die bauen alle ab, eine Hektik. Da waren ja vorwiegend Berliner, die haben's ja nicht so weit da hoch, auch am Wochenende [...], und da haben wir die gefragt, und da haben sie uns gesagt: Habt ihr keine Nachrichten gehört? [...] Da haben ja viele drüben gearbeitet. Da war natürlich der Zeltplatz dann fast leer. Tja, das war schon ein Hammer [...].«¹

So erinnert sich Manfred Ulmer, damals 20 Jahre alt, an den 13. August 1961. Auf Usedom erreichte ihn die Nachricht von der Schließung der Grenzen um West-Berlin. So ruhig wie Ulmer blieben allerdings nicht alle Ostdeutschen. Auch einige Jugendliche ließen ihrem Unmut freien Lauf. Nach den Ferien machte vor allem ein Zwischenfall an der Erweiterten Oberschule (EOS) Anklam in der DDR die Runde, wo Schüler in Trauerkleidung zum Unterricht erschienen, so den Verlust ihrer »Zukunft« beklagten und dafür von der Schule entfernt wurden. Auch andernorts kam es unmittelbar nach dem Mauerbau zu ähnlichen Erscheinungen. In einem Ferienlager auf Rügen wurden zehn Schüler der »Oberschule Karl Marx Leipzig C 1 [und] von der Göthe[!] -Oberschule Jüterbog« verhaftet, weil sie mit einem symbolischen Begräbnis Abschied von der Politik der SED und deren Repräsentanten genommen hatten.² In Strausberg bei Berlin protestierten fünf Schüler mit Graffiti gegen den Mauerbau und erhielten hohe Haftstrafen, weil sie durch Brandschatzung von Scheunen einer LPG Sabotage verübt hatten.³

1 Manfred Ulmer, Interview, Leipzig 22.8.2000.

2 FDJ-ZR, Vorfälle, Berlin 29.9.1961, SAPMO-BArch, DY/24/8.024, S. 2. Die Anklamer Schüler hatten allerdings nicht gegen den Mauerbau, sondern gegen die Drohung ihres Direktors protestiert, nur Schüler zum Abitur zuzulassen, die sich für zwei Jahre zum Wehrdienst verpflichten würden: Gebhardt, Birgit: Der »Fall Anklam«. Schülerprotest an der EOS Anklam im September 1961, in: Herrmann, Ulrich (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Weinheim, München 2002, S. 45–51; Penzel, Rainer: Der »Fall Anklam«. Erinnerungen eines »Rädelsführers«, ebd., S. 57f.

3 Ammer, Thomas: Widerstand an DDR-Oberschulen 1945 bis 1968, in: Henke, Klaus-Dietmar u. a. (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 131. Unter den Schülern befand sich Michael Gartenschläger, dem es zwanzig Jahre später gelang, eine Selbstschussanlage von der innerdeutschen Grenze zu demontieren und sie der westdeutschen Öffentlichkeit zu präsentieren.

Nach Berichten der FDJ konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die höheren Bildungseinrichtungen, »[w]ährend es in kleineren und mittleren volkseigenen Betrieben in verschiedenen Fällen zu vereinzelt Provokationen kam.«⁴ Da die FDJ hier weniger gut organisiert war, könnte dieser Eindruck allerdings täuschen. Zwischenfälle wie die geschilderten waren zwar nicht die Regel, aber insgesamt brach sich nach dem Bau der Mauer vielerorts der Unmut Bahn, der bislang anderweitig abgefließen war.⁵ Nun, da das Fluchtventil West-Berlin verschlossen war, wurden derartige Provokationen mit aller Härte verfolgt. Wer seinen Unmut öffentlich bekundete, musste fortan damit rechnen, dass ihm bestellte Schlägertrupps die Politik Ost-Berlins »mit der Faust begreiflich« machten.⁶ Unmittelbar nach dem Mauerbau hatte der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend die Bezirksleitungen des Jugendverbandes entsprechend instruiert:

»Mit Provokateuren wird nicht diskutiert. Sie werden erst verdroschen und dann den staatlichen Organen übergeben.«⁷

Somit zur »Abrechnung nach Arbeiterart« legitimiert,⁸ wie sich die FDJ-Tageszeitung *Junge Welt* ausdrückte, wurden verschiedene FDJ-Gruppen aktiv und lieferten ihren »schlagenden Beitrag zur sozialistischen Rechtspflege«, wie die *Leipziger Volkszeitung* bildhaft kommentierte.⁹ Diese brutale Überzeugungsarbeit war notwendig, da die Gründe für die Abriegelung der Grenzen offensichtlich waren:

»[...] erstens mal sind viele abgehauen, das hätte kein Staat der Welt verkraftet, auch drüben die Bundesrepublik nicht, [...] hochausgebildete Leute, die [ein] Schweinegeld gekostet haben [...], und wenn da tausend jeden Tag abhauen, das geht nicht; [...] die haben ja gesagt ›Schutzwall gegen den Westen‹, wir wussten alle, warum die die Mauer gebaut haben, die wären in die Pleite gegangen [...].«¹⁰

4 FDJ-SL Leipzig, Abschlussbericht, Leipzig 17.9.1961, SächsStAL, FDJ-BL, 109, S.3; zum Folgenden vgl. ebd., S.6 u. 3.

5 Major, Patrick: Vor und nach dem 13. August. Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: AfS 39 (1999), S.339–351; vgl. Hirschman: Abwanderung, S.343f.

6 LVZ, 23.8.1961, zit. Weber: Geschichte, S.225. Vgl. Hübner: Das Jahr 1961, S.28f.

7 FDJ-ZR, Schreiben an FDJ-BLen, Berlin 13.8.1961, SAPMO-BArch, DY/24/3.934, zit. Major: Vor und nach dem 12. August, S.346.

8 Dingfest gemacht: Abrechnung nach Arbeiterart in Leipziger Betrieben, JW, 22.8.1961, S.2.

9 LVZ, 31.8.1961, S.10, zit. Werkentin: Politische Strafjustiz, S.254.

10 Manfred Ulmer, Interview, Leipzig 22.8.2000. Zum Folgenden vgl. ebd., sowie Günter Fritzsche, Interview, Frankfurt a. M. 26.10.2000. – Die Flüchtlingszahlen 1949–1989 u. a. bei Zwahr, Hartmut: Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch. Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989, in: Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte, Tab. 1, S.440.

Trotz internationaler Spannungen, die sich in den fünfziger Jahren gerade in Berlin zu entladen drohten, war der angeschwollene Flüchtlingsstrom un-
schwer als wahrer Anlass des Mauerbaus auszumachen. Deswegen war die
propagandistische Deklaration der Mauer zum »antifaschistischen Schutz-
wall« fatal. Sie entsprach zwar dem Schema, wonach politische Gegner im
In- und Ausland als »Faschisten« diffamiert wurden,¹¹ diskreditierte aber die
antifaschistische Selbststilisierung der SED. Dies räumte auch ein parteiinter-
ner Stimmungsbericht ein.¹²

Schon vorher hatte sich die »Notwendigkeit« einer Grenzschießung abge-
zeichnet. Waren im Vorjahr knapp 200 000 Flüchtlinge gezählt worden, so lie-
ßen reichlich hunderttausend allein während des ersten Halbjahres 1961 be-
fürchten, dass die Zahl am Jahresende noch höher liegen würde. Problematisch
war auch die Alters- und Berufsstruktur der Flüchtlinge, unter denen junge
qualifizierte Facharbeiter überwogen.¹³

Hatten 1950 noch 3 Millionen Personen im Alter von 14 bis 21 Jahren in
der DDR gelebt, so waren es zum Zeitpunkt des Mauerbaus nur noch 2,8 Mil-
lionen, nachdem Mitte der fünfziger Jahre die Zahl sogar um knapp 10 Pro-
zent gestiegen war. Der Anteil Jugendlicher an der ostdeutschen Gesamtbe-
völkerung lag 1961 mit 16,6 Prozent exakt auf dem Niveau von 1950, war
aber um 12 Prozent niedriger als 1955.¹⁴

Unter den Republikflüchtlingsen waren Jugendliche deutlich überrepräsen-
tiert. Nur 1953/54 – nach dem Volksaufstand vom 17. Juni – fiel der Anteil ju-
gendlicher Flüchtlinge auf unter 30 Prozent; sonst lag er konstant über die-
sem Wert. Berücksichtigt man alle Flüchtlinge, die jünger als 25 Jahre waren,
so ergeben die Zahlen (in denen allerdings auch Kinder unter 14 Jahren ent-
halten sind) für die letzten Monate vor dem Mauerbau folgendes Bild. Dabei
lag der Anteil 14- bis 18-Jähriger im Verlauf des Jahres 1961 bei 5,3 Prozent,
während 26,6 Prozent der Flüchtlinge 18 bis 21 Jahre alt waren (siehe Tabelle
auf S. 28):¹⁵

Dass so viele Jugendliche in den Westen gingen, warf ein bezeichnendes
Licht auf die Perspektiven der Deutschen Demokratischen Republik. 1961 hatte
die Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der Politik der Ulbricht-Riege ein-
nenneuen Höhepunkt erreicht. Die Gründe dieser Unzufriedenheit waren viel-
schichtig. Einerseits waren sie in den Pressionsmaßnahmen der SED-Regie-
rung zu suchen, die seit 1960 deutlich zugenommen hatten. Andererseits
motivierte viele der Blick auf die westdeutsche Konsumwelt zur Abwanderung

11 Vgl. z. B. FDJ-ZR, Kampfauftrag an alle FDJ-Mitglieder, JW, 18.8.1961, S. 2.

12 Major: Vor und nach dem 13. August, S. 350.

13 Vgl. Bundesministerium f. innerdeutsche Beziehungen, Daten zur DDR-Flucht, in: Kleß-
mann: Zwei Staaten, Dok. 53, S. 558 f. Vgl. Skyba: Vom Hoffnungsträger, S. 304–322 u.
331–357; Zilch, Dorle: »Republikflucht« von Jugendlichen als Widerstand? Ursachen und
Motive, in: Herrmann (Hg.): Protestierende Jugend, S. 244–259.

14 Schulze/Noack (Hg.): DDR-Jugend, Tab. 1 f., S. 26 f.

15 Ebd., Tab. 3, S. 29. – Vgl. Skyba: Vom Hoffnungsträger, S. 304–322, 331–357.

Tab. 1: Republikflüchtlinge Januar–August 1961 unter Berücksichtigung des Anteils Jugendlicher.¹⁶

1961 Monat	Flüchtlinge	
	insgesamt	unter 25 Jahren in Prozent
Januar	16697	47,8
Februar	13576	49,5
März	16094	50,6
April	19803	49,4
Mai	17791	50,0
Juni	19198	50,2
Juli	30415	51,4
August	47433	48,2
Summe	181007	

aus der DDR. Dieser Reiz wurde durch die angespannte Versorgungslage in der DDR verstärkt.¹⁷

Die Versorgungskrise war wiederum eine Folge von Fehlplanungen in der Industrie und vor allem der forcierten Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft. Seit 1952 war erheblicher Druck auf die ostdeutschen Bauern ausgeübt worden, damit sie Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGn) beitraten. Da sehr viele Bauern mit einem Beitritt zu den LPGn zögerten, war seit Beginn des Jahres 1960 der Kollektivierungsdruck deutlich erhöht worden. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden fast 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in die Genossenschaften eingebracht.¹⁸ – Eine parallele Entwicklung war im Handwerk zu beobachten, wo der Anteil der Genossenschaften am Umsatz innerhalb von zwei Jahren bis 1960 von 7 Prozent auf ein knappes Drittel stieg.¹⁹

Der Eindruck wachsender Repression wurde durch den flankierenden Justizterror unterstrichen, der im Zuge der neuen Kollektivierungsschübe erneut ausuferte. So stieg nach einer Amnestie Ende 1960 im Verlauf der folgenden zwölf Monate die Zahl der politischen Häftlinge in der DDR von 22000 auf 38000, wobei allein im 2. Halbjahr 1961 ein Zuwachs um 14000 Häftlinge zu verzeichnen war.²⁰

16 Werkentin: Politische Strafjustiz, Tab. 4, S. 249.

17 Major: Vor und nach dem 13. August, S. 330–337; Steiner, André: Von »Hauptaufgabe« zu »Hauptaufgabe«. Zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR, in: Schildt u. a. (Hg.): Dynamische Zeiten, S. 220–223; vgl. Hübner, Peter: Von unten gesehen: Krisenwahrnehmung durch Arbeiter, in: Černý, Jochen (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte: Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig u. a. 1990, S. 254 f., Zilch: »Republikflucht«, S. 253 f.

18 Weber: Geschichte, S. 215; vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 145.

19 Ebd., S. 146.

20 Werkentin: Politische Strafjustiz, Tab. VIII, S. 409; vgl. ebd., S. 384 f. Zilch: »Republikflucht«, S. 250 f.

Das repressive Klima in der DDR hatte auch zahlreiche Studierende zur Flucht in die Bundesrepublik veranlasst. Mochten viele aus materiellen Gründen die DDR verlassen haben, lagen doch hier die Gehälter in akademischen Berufen deutlich unter denen in der Bundesrepublik, so entzogen sich etliche zugleich dem politischen Druck an den ostdeutschen Hochschulen.²¹

Wachsenden Druck empfanden auch Jugendliche, deren soziale Herkunft einer Karriere im Wege stand. Als Kinder von selbstständigen Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinindustriellen und Akademikern entstammten sie einer Klasse, der Bourgeoisie, die in den Augen der Kommunisten das überkommene Zeitalter des Kapitalismus beherrscht hatte. Als »Bürgerliche« waren sie und ihre Eltern der SED nicht nur wegen ihrer sozialen Position suspekt, sondern auch aufgrund ihrer vermuteten Einstellung gegenüber der DDR und deren Gesellschaftssystem. Zugleich versuchte die ostdeutsche Staats- und Parteiführung von Anfang an, die Kinder der bislang unterprivilegierten Arbeiter und Landarbeiter gerade im Bildungswesen prononciert zu fördern. Dies ging wiederum zu Lasten der Kinder aus dem Bürgertum, die sich in der Schule wiederholten Diskriminierungen ausgesetzt sahen.²² So erinnert sich Ingrid Göcke:

»Also, wenn ich an [mein] Elternhaus denke, denke ich auch an die Rubrizierung während der Schulzeit: Angestelltenkind. Mein Vater hatte einen fürchterlichen Beruf, bei dem ich immer ganz rot wurde, wenn ich ihn ansagen musste, mein Vater war kaufmännischer Angestellter. [...] und wenn ich das sagte, dann lachten alle in der Klasse und der Lehrer hat uns dann immer ganz hinten hingesetzt. Und ich hatte immer ein ganz ungutes Gefühl, hab mich geschämt für den Beruf meines Vaters. [...] ja das ging eigentlich bis zur achten Klasse, kann ich sagen. Und dann merkte ich, dass das ein echtes Karrierehindernis ist [...], dieser Beruf meines Vaters.«²³

Auch der spätere Atomphysiker Harald Fritzsch hatte als Sohn eines Zwickauer Bauunternehmers kaum Chancen gesehen, unbeschadet politischer Zugeständnisse eine Karriere in der DDR machen zu können. Im Frühsommer 1961 hatte er gerade sein Abitur abgelegt und schon seit längerem daran ge-

21 Vgl. Krönig, Waldemar; Müller, Klaus-Dieter: Anpassung, Widerstand, Verfolgung: Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961. Köln 1994, S.401–428; Schuster, Ulrike: Mut zum eigenen Denken? DDR-Studenten und Freie Deutsche Jugend 1961–1965. Berlin 1999, S.63f.; Zilch: »Republikflucht«, S.250f.

22 Vgl. Kleßmann, Christoph: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble u.a. (Hg.): Sozialgeschichte, S.255 f.; Häder, Sonja: »Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs«? Zur Auswahl und sozialen Struktur von Oberschülern am Beispiel Ost-Berlins, in: Gotschlich (Hg.): »Links ...«, S.177–186.

23 Ingrid Göcke, Interview, Freising 23.10.2000. Vgl. die Erzählung von Hr. Jahn, in: Ahbe, Thomas; Hofmann, Michael: Es kann nur besser werden. Erinnerungen an die 50er Jahre in Sachsen. Leipzig 2001, S.23.

dacht, für ein Studium im Westen die DDR zu verlassen. Der Mauerbau durchkreuzte seine Fluchtpläne.²⁴

Potenzielle Flüchtlinge wie Fritzsch galten als politische Gegner. Tatsächlich stellte die Flucht die intensivste Form dar, sich dem DDR-System zu verweigern. Bereits vor dem Mauerbau war in der DDR-Presse angekündigt worden, man werde mit aller Härte gegen politische Gegner vorgehen. So hatte die *Leipziger Volkszeitung* bereits Mitte Juni getönt: »Mit Provokateuren wird abgerechnet.«²⁵

Als nach dem Mauerbau tatsächlich »[m]it diesen Figuren kein Federlesen« mehr gemacht wurde,²⁶ verstieg sich die Staats- und Parteiführung dazu, sie in Arbeitslager einzuweisen. Da das Strafmaß in der entsprechenden Verordnung vom 25. August 1961 nicht geregelt worden war, stellte sie ein außerordentlich wirksames Disziplinierungsmittel dar, das in den folgenden Jahren (bis zu ihrer Aussetzung 1976) ausgiebig genutzt wurde. Schon während des ersten Jahres wurden 767 Personen in Arbeitslager eingewiesen, 1964 waren es bereits über tausend. Einen sprunghaften Anstieg verzeichnete die Zahl der Arbeitslagerinsassen jeweils 1965 – u. a. im Gefolge der so genannten »Beat-Demo« in Leipzig –, 1971 im Umfeld des Brandt-Besuches in Erfurt und in geradezu erschreckendem Maße (um mehr als 7000) 1973 vor den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Ost-Berlin.²⁷

Häufig wurde diese Maßnahme gegen unangepasste Jugendliche eingesetzt. Aber nicht nur diese sich abzeichnende Entwicklung bewegte etliche Jugendliche dazu, die DDR zu verlassen. Vielfach lockte sie die Konsumwelt des Westens, die bis zum Mauerbau in den Schaufenstern West-Berlins ungehindert zu besichtigen war. Dabei ging es vorrangig um den Lebensstil – um Musik und Mode sowie das damit verbundene Gefühl, an den blockübergreifenden Entwicklungen einer internationalen Jugendkultur teilzuhaben. Jazz, später Rock'n'Roll, war mehr als nur Musik, es war eine spezifische Art, die Welt zu sehen und zu leben. Obwohl die »Nachfrage« nach Jazz und Rock'n'Roll keineswegs nur westlichen Einflüssen geschuldet war, wurde beides von Staat und Partei als gezielte Infiltration betrachtet, als »Texas-Kultur« diffamiert und konsequent abgelehnt.²⁸

Der Ablehnung stand während der fünfziger Jahre keinerlei alternatives Angebot gegenüber. Vielmehr spielte die Freizeitgestaltung in der Jugendpolitik vor dem Mauerbau so gut wie keine Rolle. Erst im Februar 1961 legte die Ju-

24 Harald Fritzsch, Interview, Berlin 9.2.2000. Fritzsch floh 1968 mit einem Freund von Bulgarien über das Schwarze Meer in die Türkei. Vgl. Fritzsch, H.: Flucht.

25 LVZ, 16.6.1961, S. 16, zit. Werkentin: Politische Strafjustiz, S. 253.

26 LVZ, 31.8.1961, S. 10, zit. ebd., S. 254.

27 VO über Aufenthaltsbeschränkung, 25.8.1961, GBl 1961/II. Vgl. Werkentin: Politische Strafjustiz, S. 343. u. Tab. VII, S. 408; Schroeder: Der SED-Staat, S. 171.

28 Vgl. Hübner: Die FDJ, S. 64f., sowie sehr detailliert Poiger: Jazz, S. 62–66; Rauhut: Rock, S. 5–20.